



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages



Markus Tressel
Mitglied des Deutschen Bundestages

Reisebericht Griechenland 26. - 28. Juni 2010



Unsere Reise nach Griechenland wurde durch folgende Fragestellungen motiviert:

Wie wirken sich die bereits beschlossenen Sparpakete auf die sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Griechinnen und Griechen aus? Können die anvisierten Benchmarks des IWF und der EU-Kommission eingehalten werden?

Welche Potentiale bietet der griechische Tourismus in Bezug auf die qualitative Entwicklung hin zu mehr Nachhaltigkeit und ökologischer Verträglichkeit?

Mitte Juni beschlossen wir, inspiriert vom Besuch des griechischen Botschafters im Ausschuss für Tourismus des Deutschen Bundestages sowie im Gespräch mit der deutschen-griechischen Parlamentariergruppe und aufgeschreckt durch verschiedene Medienberichte über Buchungseinbrüche beim Griechenlandtourismus, zwei Einzeldienstreisen nach Griechenland durchzuführen. Konkretes Ziel der Einzeldienstreise von Markus Tressel (MdB) war es, in Absprache mit den Obleuten des Tourismusausschusses Einblicke in die tatsächliche Situation der griechischen Tourismusindustrie zu bekommen und Entwicklungsperspektiven für den Griechenlandtourismus zu erörtern. Dies ist auch wichtig vor dem Hintergrund der Tatsache, dass rund 20% des Bruttoinlandsproduktes Griechenlands



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages



Markus Tressel
Mitglied des Deutschen Bundestages

direkt vom Tourismus erwirtschaftet werden. Angesichts eines solch hohen Anteils kann man mit Fug und Recht sagen, dass mit diesem Wirtschaftszweig die ökonomische Entwicklung des Landes steht und fällt. Oberstes Interesse gilt daher der Stabilisierung der Tourismusindustrie unseres EU-Partners. Gleichzeitig bietet sich in der Krise die Möglichkeit Einfluss auch auf die qualitative Entwicklung der touristischen Infrastruktur bzw. des touristischen Produktes in Griechenland zu nehmen, hin zu mehr Nachhaltigkeit und ökologischer Verträglichkeit.

Neben den direkt touristischen Stationen dieses Besuches waren auch die allgemeine politische und soziale Entwicklung in Griechenland von großem Interesse. Insbesondere durch die harten Maßnahmen, die die griechische Regierung in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise und vor allem auf Druck der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds einleiten musste, ist es in den vergangenen Monaten auch zu gesellschaftlichen Verwerfungen gekommen. Generalstreiks und zum Teil gewalttätige Demonstrationen sind Ausdruck dieser Entwicklungen. Als Länderberichterstatteerin der Grünen Bundestagsfraktion für Griechenland im EU-Ausschuss, widmete sich Viola von Cramon (MdB) neben den Gesprächen mit der Tourismuswirtschaft in weiteren Terminen insbesondere der sozialen Situation in Athen und der desolaten Lage von Flüchtlingen im Land. Da die Arbeitsbereiche beider Abgeordneter in diesem Falle zusammenwirken, haben wir einen gemeinsamen Reisebericht verfasst, der ein umfassendes Bild der derzeitigen Situation bieten soll.

Folgende Gespräche fanden mit freundlicher Unterstützung der deutschen Botschaft in Athen statt:

Spyros Rizakos, Rechtsanwalt und Aktivist der Flüchtlingsorganisation AITIMA

Yannis Paravaskevopoulos, u.a., Vertreter der Grünen Partei Griechenlands

Martin Knapp, Geschäftsführer der Deutsch-Griechischen Handelskammer

Georgios A. Tsakiris, Präsident der griechischen Kammer für das Hotelwesen

Panagiotis Thomopoulos, Direktor der griechischen Zentralbank

Georgios Nikitiadis, Vizeminister im Ministerium für Tourismus und Kultur

Sofia Daskalaki, Stv. Bürgermeisterin von Athen

Filippos Petsalnikos, Präsident des hellenischen Parlamentes



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages



Markus Tressel
Mitglied des Deutschen Bundestages

Darüber hinaus fand ein Roundtable-Gespräch mit zahlreichen VertreterInnen der griechischen Tourismuswirtschaft statt. Dieses wurde vom Gesandten und derzeitigen Geschäftsträger der deutschen Botschaft Athen, Herrn Guy Féaux de la Croix, zum Thema „Talking of Greek Potentials – The Case of Sustainable Tourism“ veranstaltet.

Samstag, 26.06.2010, 19:00 Uhr

Abendessen mit dem Rechtsanwalt und Aktivisten Spyros Rizakos von der Flüchtlingsorganisation AITIMA

In unterschiedlichen Gesprächen und Diskussionsforen wurde uns, u.a. auch vom Europäischen Flüchtlingsrat (European Council on Refugees and Exiles, ECRE) die Situation in der griechischen Asylgesetzgebung als besonders dramatisch geschildert. Nicht nur ECRE, sondern auch die deutschen Flüchtlings- und Asylunterstützerorganisationen berichten immer wieder von katastrophalen Verhältnissen für Flüchtlinge, die in Griechenland ankommen. Nachdem auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil 2 BVQ 56/09 vom 8.9.2009 eine Abschiebung für Flüchtlinge nach Griechenland für nicht zumutbar hält und deshalb ein Moratorium für Rücküberstellungen angeordnet hat, war es aus unserer Sicht dringend geboten, dieses Thema beim Griechenlandbesuch zu erörtern.

Herr Rizakos engagiert sich seit langem in der Flüchtlings- und Asylpolitik. Er ist Anwalt und Gründer der Nichtregierungsorganisation AITIMA, die sich mit den Auswirkungen der EU-Flüchtlingspolitik (Dublin-II-Verordnung) auf Griechenland beschäftigt und für eine humanitäre Flüchtlingspolitik, insbesondere für besonders Schutzbedürftige, in Griechenland einsetzt. Aus seiner Sicht ist die Situation um die Flüchtlinge und Asylbewerber, die Griechenland als EU-Erstland erreichen, unverändert dramatisch. Die Asylanerkennungsquote liegt nach wie vor bei 1,2 % in 2009.

Mit einer zunehmenden Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage in Griechenland spitze sich auch die Lage der Flüchtlinge immer weiter zu. Auch wenn die neue Regierung mit dem Versprechen angetreten sei, diese Situation dauerhaft zu entschärfen, könne man nach den ersten Monaten keine Entspannung beziehungsweise keine Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte erkennen. Derzeit werden pro Woche nur 10 AsylbewerberInnen am Athener Flughafen zugelassen. Die weiteren BewerberInnen werden umgehend inhaftiert, sie erhalten keine Möglichkeit eines geregelten Asylverfahrens. Die Gelder, die Griechenland für die Umsetzung der Dublin – II – Verordnung erhält und die zum einen direkt für humanitäre Zwecke gedacht seien, zum anderen für Verfahrens-



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages



Markus Tressel
Mitglied des Deutschen Bundestages

kosten und Betreuung von Flüchtlingen, seien lange an Griechenland ausgezahlt. Der Staat habe die Gelder bisher noch nicht an AnwältInnen oder Flüchtlingsorganisationen weiter gereicht. Das bringe viele HelferInnen in eine schwierige Situation, weil nicht nur Ehrenamtliche in diesem Bereich tätig seien.

Im November 2009 wurde zwar das bekannte Haftlager Pagani auf Lesbos auf internationalen und europäischen Druck hin geschlossen, die Lage habe sich danach allerdings kaum entschärft, da es nach wie vor keine staatlichen Unterbringungsmöglichkeiten in Griechenland gebe. Entweder seien diese Menschen auf Unterstützung durch private Gruppen angewiesen, wie beispielsweise AITIMA, oder es warte Obdachlosigkeit auf sie. Selbst für die besonders Schutzbedürftigen wie Kinder und Schwangere geben es keine weiteren Regelungen.

Trotzdem wurden gegen Griechenland in diesem Bereich bisher keine Sanktionen verhängt. Hier setzt die Forderung von Pro Asyl und Flüchtlingsorganisationen aus den Niederlanden, Finnland und Großbritannien an, ein EU-Strafverfahren gegen Griechenland (nach Artikel 258, Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, AEUV) einzuleiten. Herr Rizakos meinte allerdings, für Verbesserungen des Asylsystems mangle es mittlerweile nicht an politischem Willen in Griechenland, sondern an finanziellen Mitteln. Er forderte einen insgesamt anderen Umgang mit Griechenland innerhalb der EU. Derzeit sei mehr Solidarität mit Griechenland geboten, was im Bereich des Flüchtlingsschutz eine Aussetzung der Rücküberstellungen nach Griechenland erfordere, da das Land seinen Verpflichtungen bereits derzeit kaum nachkommt.

Sonntag, 27.06.2010, 14:30 Uhr

Gespräch mit Repräsentanten der griechischen Grünen Partei und Journalisten

Von den Mitgliedern der Grünen Partei Griechenlands („Oikologoi Prasinoi“) wurden wir herzlich empfangen. Die griechischen Grünen haben immer noch eine deutlich flachere Organisationsstruktur. Sie verfügen derzeit über 5 Regionalbüros, möchten diese aber in Kürze bis auf 15 ausdehnen. Das aktivste Büro befindet sich neben dem Athener Hauptstadtbüro in Thessaloniki.

Sie verfügen bisher auch über keinen Abgeordneten im nationalen Parlament. Sie streben jedoch für die Kommunalwahl im November 2010 eine deutlich bessere Vertretung in den Kommunalparlamen-



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages



Markus Tressel
Mitglied des Deutschen Bundestages

ten an. Seit der letzten Europawahl sind sie mit einem Abgeordneten, Michail Tremopoulos, im Europäischen Parlament vertreten, der leider nicht selbst bei unserem Besuch anwesend sein konnte.

Hauptthema dieses Gespräches war die aktuelle Situation in Griechenland. Die Grünen-Vertreter schilderten, dass die Bevölkerung gegenüber der Zukunft äußerst pessimistisch eingestellt sei, was sich in immer neuen Generalstreiks zeige. Das Konsumklima sei schlecht und dies bei einer bisher sehr stark Konsumenten getriebenen Binnenwirtschaft. Die Troika aus Europäischer Kommission, IWF und Europäischer Zentralbank habe Griechenland vorwiegend angelsächsische Reformen im Sozialbereich aufoktroziert. Die starken Kurzungsmanahmen zeigten erst langsam ihre Wirkung, würden aber mit dem abnehmenden Vertrauen in die Wirtschaft und der Kaufzurückhaltung immer stärker sichtbar. Die Reformen und die drastischen Sparpakete werden nicht vorübergehender, sondern anhaltender Natur sein. Das Lohn- und Rentenniveau wird damit dauerhaft um teilweise 25%, in einigen Bereichen sogar um 40% gesenkt.

Zudem gebe es große Probleme beim Arbeitsmarkt. Da aufgrund der Reformpakete das Lohnniveau für die U-25-Jährigen bis auf 80 Prozent des normalen Lohnniveaus abgesenkt werden könnte, führt diese Maßnahme vor allem in dieser Altersgruppe zu hoher Unzufriedenheit. Gleichzeitig seien aber die Lebenshaltungskosten insgesamt auf sehr hohem Niveau geblieben, zum Teil deutlich höher als die in Deutschland.

Ein großer Kritikpunkt seitens der GRÜNEN betrifft die Verwendungsseite des Budgets: 80% der staatlichen Ausgaben flössen nach wie vor in Energie und Rüstung.

Größtes Problem ist und bleibt nach Ansicht der griechischen Grünen die Korruption und das Selbstverständnis der politischen Klasse Griechenlands. Beides ließe sich nach Jahrzehnten „geübter Praxis“ nicht über Nacht in den Griff bekommen, zumal es immer noch Rückgriffe auf Amnestiegesetze für Regierungsmitglieder gebe, die Korruption auf höchster politischer Ebene erleichtere. Die Grünen sprachen sich deshalb auch für eine ständige Mission der EU in Griechenland aus, die die Fortschritte des Landes bei der wirtschaftlichen Konsolidierung sowie beim Kampf gegen Korruption und Vetterwirtschaft begleiten solle.

Im touristischen Bereich sprechen sich die Grünen für eine nachhaltige Entwicklung aus, d.h. qualitative Verbesserung im ökologischen Bereich und eine Verlagerung der Schwerpunkte weg vom Massentourismus hin zu einem höherwertigen Qualitatstourismus mit höherer Wertschöpfung. Dabei



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages



Markus Tressel
Mitglied des Deutschen Bundestages

wurde auch der von der Regierung geplante Kahlschlag im Eisenbahnwesen des Landes zur Sprache gebracht. Hier liegt ein offener Brief des griechischen GRÜNEN MEP Tremopoulos an seine KollegInnen im Europäischen Parlament vor. Die Regierung beabsichtigt offenbar im Zuge des Sparpaketes, das Eisenbahnnetz Griechenlands im Personenverkehr weitestgehend stillzulegen. Dagegen regt sich großer Widerstand, da der schienengebundene Personenverkehr nicht nur aus ökologischen Gründen als außerordentlich wichtig erachtet wird, sondern auch aus Gründen der touristischen Entwicklung in einigen Regionen auf dem Festland Griechenlands. Weiterhin wurden erst vor kurzer Zeit die Hauptschienenverbindungen mit Hilfe der Strukturfonds aus Brüssel neu instand gesetzt.

Montag, 28.06.2010, 8:30 Uhr

Frühstücksbriefing durch die Deutsche Botschaft Athen

Beim Frühstücksbriefing der Deutschen Botschaft gab es Gelegenheit nicht nur mit dem derzeitigen Geschäftsträger der Botschaft, Herrn Gesandten Guy Féaux de la Croix, die Lage zu erörtern, sondern auch mit dem Wirtschaftsreferenten der Botschaft, Herrn BR Albert Graf, sowie mit dem Geschäftsführer der Deutsch-Griechischen Handelskammer, Herrn Martin Knapp, der bereits beim letzten Besuch aufgrund seiner detaillierten Kenntnisse der griechischen Innenpolitik eine ausgezeichnete Informationsquelle darstellte.

Das Gespräch gab die Gelegenheit, noch einmal einzelne Themen wie Korruption oder die Durchsetzung der harten Sparmaßnahmen aus deutscher Sicht zu erörtern. Martin Knapp gibt hierbei zu bedenken, dass es schwierig für die deutsche Seite sei, insbesondere das Thema der Korruption mit Nachdruck anzusprechen. Hintergrund ist die Tatsache, dass die größten Bestechungsskandale der letzten Jahre und auch der Gegenwart alle von deutschen Unternehmen ausgegangen seien. Viele Griechen würden deshalb das Thema der Korruption im großen Stil auch mit Deutschland in Verbindung bringen.

Montag, 28.06.2010, 10:00 Uhr

Gespräch mit dem Präsidenten der griechischen Kammer für das Hotelwesen, George A. Tsakiris

Die griechische Hotelkammer ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und berät die Regierung seit 1935 in allen Bereichen des Tourismus. Ihre Mitglieder sind qua Gesetz alle Hotels und Camping-



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages



Markus Tressel
Mitglied des Deutschen Bundestages

plätze Griechenlands. Sie umfasst derzeit etwa 10.000 Mitglieder, die klassischen Hotels sind in der Mehrheit.

Ziel des Gespräches war es, einen Einblick in die strategischen Planungen der griechischen Tourismusindustrie zu bekommen. Präsident Tsakiris erläuterte die aktuelle Situation. Buchungseinbrüche um bis zu 20% haben für die griechische Tourismuswirtschaft zu einer ernststen Bedrohung geführt. Da ebenfalls 20 % des griechischen Bruttoinlandsproduktes vom Tourismus erwirtschaftet werden, ist dies nicht nur ein Problem für die Industrie, sondern für die gesamte Volkswirtschaft.

Als Hauptgrund für den großen Rückgang wird die Wirtschafts- und Finanzkrise genannt. Hinzu komme die negative Berichterstattung in ausländischen Medien, genannt wird immer wieder die BILD-Zeitung, über die Krise in Griechenland. Negative Berichterstattung habe zu Verunsicherung bei den Touristen über die Sicherheit und die Verlässlichkeit der Transportmöglichkeiten innerhalb Griechenlands geführt. Gleichwohl sieht Tsakiris in der derzeitigen großen Streikbereitschaft der Bevölkerung durchaus eine Mitschuld an dieser Situation.

Er verwies auf ein Gesetz, das das Parlament zwischenzeitlich passiert habe, nach dem TouristInnen, die von einem Streik oder ähnlichem tangiert werden, vom griechischen Staat für ihre Unannehmlichkeiten voll entschädigt werden. TouristInnen, die in einen Streik gerieten, seien von finanziellen Risiken entbunden. Der Flugverkehr auf die Haupttourismusinseln sei aber bisher kaum beeinträchtigt gewesen. Betroffen sei vor allem der Flughafen von Athen und der Hafen von Piräus gewesen.

Der Verband versuche nun mit zahlreichen Maßnahmen, Griechenland kurzfristig wieder attraktiver für Touristen zu machen. Eine Strategie sei die Aufhebung der Landegebühren für Fluggesellschaften auf den kleinen Flughäfen des Landes, insbesondere auf den Inseln. Dazu kommen Visa-Erleichterung für die Bürger verschiedener Staaten, die man sich als neue Märkte erschließen möchte. Eines dieser Länder sei Indien. Manko sei das drastisch verringerte Werbebudget. Statt 70 Millionen Euro im vergangenen Jahr stehe in 2010 lediglich 6 Millionen Euro zur Verfügung. Aus Effizienzgründen setzt man deshalb vorrangig auf die Internetwerbung, vor allem in Deutschland und Großbritannien, den beiden wichtigsten Quellmärkten für den Griechenlandtourismus.

Der niedrige Werbeetat mache es extrem schwierig, neue Produkte zu entwickeln. Als derzeitige Strategie ohne großen Werbeetat bleibe fast nur noch, die Preise zu senken und über niedrige Preise die Erosion der Gästeströme zumindest für die Saison 2010 einzudämmen. Die Mehrwertsteu-



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages



Markus Tressel
Mitglied des Deutschen Bundestages

erhöhung (11% MwSt. für Übernachtungen, 23% MwSt. für alle weiteren Leistungen) sei deshalb auch nicht an Kunden weitergegeben worden. Man habe im Gegenteil die Preise zum Beispiel auf Kreta durchschnittlich 20-25% im Vergleich zum vorletzten Jahr gesenkt. In Athen habe man bereits 2009 die Preise zwischen 11 und 12 Prozent, im Jahr 2010 erneut einen Preisnachlass von 8 bis 9 Prozent eingeräumt.

Was die langfristige Strategie anbelangt, wollen Regierung und Tourismuswirtschaft zum einen auf neue Themenbereiche wie Spa, Wellness und Kultur setzen, gleichzeitig aber auch die touristische Infrastruktur umbauen. Die Regierung versucht deshalb unter Nutzung eines Entwicklungsrahmengesetzes ökologische Anreize zu schaffen. Seit 15. Mai 2010 gebe es dafür ein Investitionsprogramm für „grünen“ Tourismus, das auf großes Interesse gestoßen sei. Dies hänge auch damit zusammen, dass ökologische Standards von den Kunden verstärkt nachgefragt und sich auch in den Unterhaltungskosten auszahlen würden.

Insgesamt gebe es derzeit aber eine große Zurückhaltung was größere Investitionen anbelange. Große Touristikkonzerne hielten sich zurück und verlagerten Investitionen auf die nächsten zwei bis drei Jahre.

Montag, 28.06.2010, 10:00 Uhr

Gespräch mit dem Direktor der Zentralbank, H. Thomopoulos

Es ging vorwiegend um die Einschätzung der allgemeinen gesamtwirtschaftlichen Situation und um die Frage, ob Griechenland in der Lage sein wird, seine Sparzusagen so umzusetzen, dass die zugebilligten Kredite der Troika (IWF, EZB, EC) auch tatsächlich ausgezahlt werden können.

Zunächst wurde seitens des Direktors konstatiert, dass die Hauspreise seit März bereits um 20% gefallen seien und dementsprechend auch die Mieten weiter angepasst würden. Hier lauert zwar eine Deflationsgefahr, aber abgesehen vom gesunkenen Immobilienpreisniveau und der Kaufzurückhaltung konnten bisher noch keine weiteren Indikatoren ausgemacht werden.

Bei der Frage, ob alle ausstehenden Gesetzesreformen im Parlament die erforderliche Mehrheit erhalten werden, lautete die Antwort: Sollte es vor einem Jahr nach der letzten Wahl zu Neuwahlen in Griechenland kommen, sei der Parteivorsitzende befugt, die Listen zu erstellen. Dann gebe es keine „Direktkandidaten“ in den Wahlkreisen, sondern allein die Möglichkeit über die Liste gewählt zu



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages



Markus Tressel
Mitglied des Deutschen Bundestages

werden. Das bedeutet am Ende die schärfste Disziplinierungswaffe für einige Abgeordnete, die im Vorfeld weiterer Abstimmungen mit Gegenstimmen gedroht hatten.

Zur Frage, wie seitens der Zentralbank verhindert werden könne, dass weiterhin viel Geld außer Landes gebracht werde, berichtete Herr Thomopoulos, hier seien bewusst Falschinformationen in Umlauf gebracht worden, um Griechenland weiter zu destabilisieren. So wurde berichtet, dass die Griechische Zentralbank bereits wieder Drachmen und nicht mehr Euros druckt. Das habe dazu geführt, dass tatsächlich viele Menschen ihr Geld vom Konto bzw. aus ihrem Depot entnommen hätten, um es anschließend physisch in einen Banksafe zu bringen. Sie hätten dieses Geld allerdings nicht außer Landes gebracht. Es handelte sich nicht um 18 Mrd. Euro, sondern lediglich um 7-8 Mrd. Euro, die tatsächlich das Land verlassen hätten.

Bei der Einschätzung, ob die Reformanstrengungen Griechenlands ausreichen werden, um alle Kredite in der relativ kurzen Zeit von knapp 3 Jahren zurück zu zahlen, zeigte sich verhaltener Optimismus. Man habe bei dem Paket nicht viel verhandeln können, es sei eben ein Kompromiss und eine klassische Paketlösung gewesen. Da müsse man sich derzeit strikt an die Vorgaben halten. Allerdings gebe es – wie immer bei den IWF-Krediten – am Ende des Kreditzeitraums die Option, diese Kredite zu strecken, wenn der grundsätzliche Wille für Reformbemühungen erkennbar sei. So seien auch dann Nachjustierungen wie das Heben der Mindestlöhne und der Mindestrenten wieder möglich.

Ein echtes Problem stellen auch nach seiner Einschätzung die Situation der Einkommensschwachen dar. Hier handelt es sich um rund 15% der Bevölkerung. Die letzte Rentenreform sei für die meisten ArbeitnehmerInnen zu verkraften, obwohl sie in einigen Fällen zu heftigen Kürzungen teilweise bis zu 35% führen könnte. Das Rentenniveau wurde bisher aus dem Bruttoeinkommen der letzten 5 Jahre Berufstätigkeit errechnet. 80% dieses Durchschnitts bildete die Rente. Nun bezieht sich der Referenzzeitraum auf den gesamten Zeitraum der Berufstätigkeit und führt am Ende nunmehr zu 60% des durchschnittlichen Bruttolohns. Ein erheblicher Unterschied. Die Banken reagierten in Fällen, in denen Menschen ihre langfristigen Kredite nicht mehr bedienen können, mit einer Verlängerung / Verdopplung der Rückzahlungszeiträume.

Den Nachfragerückgang von 5-6% wurde von Herrn Thomopoulos als unproblematisch eingeschätzt. Größer waren da noch seine Sorgen, wie langfristig der Schiffindustrie wieder auf die Beine geholfen werden könne. Die Investitionen der Chinesen in Piräus seien grundsätzlich unproblematisch für die Griechen, interessanter sei die Reaktion der USA gewesen als die Chinesen sich für einen südlichen



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages



Markus Tressel
Mitglied des Deutschen Bundestages

Hafen auf Kreta interessiert hatten. Dieses Interesse korrelierte offensichtlich zu stark mit dem US-Interesse, die nach wie vor einen Militärstützpunkt im Norden der Insel unterhalten und das Ansinnen der Chinesen auf Kreta am Ende verhindert hätten.

Angesprochen wurde ebenfalls wieder die Frage des Umgangs miteinander. Hier betonte der Direktor das teilweise unerfreuliche und barsche Auftreten von Frau Merkel. Der Umgangston sei besonders in der Frage aufgekommen, ob Griechenland geholfen werde oder nicht („we should not be treated as prey“). Sowohl die Stimmung innerhalb Griechenlands als auch innerhalb der Europäischen Union habe sich dadurch deutlich verschlechtert.

Montag, 28.06.2010, 11:30 Uhr

Gespräch mit dem Vizeminister für Tourismus, Georgios Nikitiadis

Das Gespräch mit dem Vizeminister fand in einer ausgesprochen freundlichen Atmosphäre statt. Georgios Nikitiadis hat das Amt erst Mitte Mai übernommen, nachdem seine Vorgängerin wegen nichtbezahlter Steuerschulden ihres Mannes zurücktreten musste.

Hinsichtlich der weiteren Destinationsentwicklung sieht der Vizeminister in vielerlei Hinsicht Handlungsbedarf. Zunächst müsse man aber feststellen, dass die aktuelle Regierung sich dadurch auszeichne, dass sie keine Angst vor den „politischen Kosten“ ihres Handelns habe. Deshalb könne sie radikaler als Vorgängerregierungen agieren. Das gelte auch für den touristischen Bereich, den man neu gestalten wolle. Dazu gehöre auch die Erneuerung der Hotelinfrastruktur, was auch den Rückbau großer Hotelanlagen beinhalten könne. Der Premierminister habe sich bereits entsprechend geäußert.

Bisher habe man zu stark auf das traditionelle touristische Produkt gesetzt, also vorrangig auf Sonne, Strand und blaues Meer. Jetzt wolle man neben den klassischen Stärken auch auf Geschichte und Kultur, aber auch auf Aktivurlaub, Agrotourismus, Kongressgeschäft und religiösen und sogar auf den „Medizin“-Tourismus (Hippokrates auf Kos) setzen. Man müsse seine Stärken besser vermitteln.

Dazu gehöre auch, dass man verstärkt in die touristische Infrastruktur investiert, um auf einen aktuellen Stand zu kommen. Erneuerbare Energien könnten dabei eine wichtige Rolle spielen. Diesbezüglich gebe es aber immer noch zu viel Bürokratie.



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages



Markus Tressel
Mitglied des Deutschen Bundestages

Seitens der griechischen Regierung besteht ein Wunsch nach größtmöglicher Zusammenarbeit. Deutsche Investoren seien herzlich eingeladen. Bisher sei die Quote ausländischer Investoren im griechischen Tourismusgeschäft noch deutlich unter 5 Prozent.

Auch im Bereich des Know-How-Transfers sucht die griechische Regierung die Unterstützung Deutschlands. Vizeminister Nikitiadis bedankt sich dafür, dass der Tourismusausschuss des Bundestages den griechischen Botschafter in Deutschland in den Ausschuss eingeladen hat und ihn zur Situation in Griechenland befragt hat. Diese Geste ist in Griechenland wahrgenommen und begrüßt worden. Weitere Termine werden vereinbart, um die Zusammenarbeit zu vertiefen.

Montag, 28.06.2010, 13:00 Uhr

Gespräch mit der Stellvertretenden Bürgermeisterin von Athen, Sofia Daskalaki

Hier stand wiederum die Situation der Flüchtlinge im Mittelpunkt der Diskussion. Frau Daskalaki betonte, dass die Stadt Athen lediglich den Stadtkern mit 700.000 Einwohnern darstelle, der Großraum Attika allerdings rund 4,5 Mio. Einwohner umfasse.

Zur Situation der „illegalen Einwanderer“ schilderte sie aus Sicht der Athener Stadtbehörde folgendes: 250.000 illegale Einwohner (rund 1/3 der Gesamtbevölkerung) machten mittlerweile den Athener Stadtkern aus, insgesamt habe Griechenland rund 1,5 Mio. Flüchtlinge, gemessen an der Gesamtbevölkerung von 10 Mio. seien das deutlich zu viele. Diese Größenordnung von Flüchtlingen könne die Stadt unmöglich verkraften.

Der Großteil der Flüchtlinge komme über die Türkei und stamme ursprünglich aus dem Irak, Somalia und Afghanistan. Frau Daskalaki sagte, dass man an vielen Stellen versuche, die Einwanderer zu integrieren. So gebe es seit 2004 eine Radiostation mit insgesamt 13 verschiedenen Sprachen, wo in Kooperation mit BBC, CNN und anderen internationalen Sendern versucht werde, in jeweils wechselnden Sprachen Nachrichten aus Griechenland und deren Heimatländern zu senden.

Es gebe zunehmend multikulturelle Events, die die Stadt organisiere. Viele Vorschulen (rund 100), die insbesondere für Zuwanderer kostenfrei seien. Man ermuntere die Mütter mit besonderen Kursen Griechisch zu erlernen. Täglich werden in Kooperation mit der Kirche 4000 kostenlose Mittagessen in der Stadt ausgegeben, ebenso werde ein kostenloser medizinischer Notdienst auch für alle „illegalen



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages



Markus Tressel
Mitglied des Deutschen Bundestages

Einwanderer“ aufrecht erhalten. Die Zuwanderer könnten sich in den ersten 6 Monate kostengünstig im Supermarkt („social farming“) eindecken.

Auf die Nachfrage, ob nicht aus rein humanitären Gesichtspunkten, nicht auch Griechenland endlich eine Asylverfahrensgarantien benötige, wurde seitens der Bürgermeisterin ausweichend geantwortet. An dieser Stelle betonte sie stattdessen, dass zusammen mit einer Stärkung der EU-Grenzschutzagentur die Abwehr von Flüchtlingen an der Grenze verstärkt werden müsse. Das größte Problem, was die Stadt in Bezug auf die verschiedenen Einwanderergruppen sehe, sei die zunehmende Drogenproblematik. Hier wünsche man sich, dass vor allem der Produktion in Ländern wie Afghanistan stärker Einhalt geboten werden könnte.

Abschließend sprachen wir Themen der Stadtentwicklung an. Daskalaki ging auf Strategien zur Begrünung der Stadt und Erneuerbare-Energien-Projekte ein. Geplant sei auch ein verstärktes Engagement im Bereich des Kongress-Tourismus. Hier arbeite man insbesondere mit den EinzelhändlerInnen an einem Konzept.

Montag, 28.06.2010, 13:00 Uhr

Teilnahme an Diskussionsrunde unter dem Titel „Talking of Greek Potentials – The Case of Sustainable Tourism“ auf Einladung der Deutschen Botschaft

Auf Einladung der Deutschen Botschaft fand am Mittag eine außerordentlich hochkarätig besetzte Diskussionsrunde zu den griechischen Potenzialen im nachhaltigen Tourismus statt. Zahlreiche hochrangige VertreterInnen aus Kammern, Verbänden, Unternehmen und Regierung tauschten sich mit uns über die Potenziale eines naturverträglichen Tourismus aus. Dabei wurde deutlich, dass auch seitens der griechischen Tourismuswirtschaft ein großes Interesse an einer intensivierten Zusammenarbeit und darüber hinaus an einer gemeinsamen Entwicklung des nachhaltigen Tourismus in Griechenland besteht. Einhellige Meinung aller Anwesenden war, dass alle ein großes Interesse haben müssen, dass die griechische Tourismuswirtschaft langfristig konkurrenzfähig bleibt. Dafür könne man gemeinsam einiges tun.

Im Anschluss an die Diskussionsrunde fand ein Pressegespräch statt, in dem es vor allem um unsere Eindrücke von der aktuellen Situation in Athen und Griechenland insgesamt ging.



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages



Markus Tressel
Mitglied des Deutschen Bundestages

Montag, 28.06.2010, 16:00 Uhr

Gespräch mit dem Präsidenten des Hellenischen Parlaments Herrn Fillipos Petsalnikos

Den Abschluss der Visite bildete der Besuch beim Parlamentspräsidenten Fillipos Petsalnikos, der auch gleichzeitig der Griechische Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe ist. Neben einer allgemeinen Einschätzung, wie sich die ersten Auswirkungen der Reformbemühungen abzeichnen, stand hier vor allem die Frage nach den immer noch relativ hohen Rüstungsausgaben am griechischen Gesamtbudget zur Diskussion. Erwartungsgemäß vertrat der Präsident die griechische Sicht vor allem in Bezug auf das Verhältnis zur Türkei als gegeben, solange kein offizieller Friedensvertrag vorliege. Die andauernden Provokationen der Türkei deuteten nicht darauf hin, dass Griechenland trotz seiner wirtschaftlichen Situation derzeit abrüsten könne. Dafür müssten auch mitteleuropäische Länder wie Deutschland Verständnis zeigen.